

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

25.6.1931 (No. 145)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9519

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Gebotel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensatz gilt und bewirkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanzwöchiger Betreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Verbot, Verweigerung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unberichtigte Druckfehler und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshochschüler, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Frankreich und Hoover Schwierigkeiten bei der Ueberreichung der französischen Antwort

WTB. Washington, 25. Juni. (Tel.) Die Mitteilung, daß der französische Botschafter Claudel Staatssekretär Stimson die französische Antwortnote zum Vorschlag des Präsidenten Hoover überreicht habe, wurde später von höherer Stelle dahin richtiggestellt, daß Botschafter Claudel lediglich vom Referenten für Westeuropa kurz empfangen worden sei. Man fügte hinzu, daß man eine Auskunft darüber, ob die Note übergeben wurde, strikte ablehne. Staatssekretär Stimson hatte im Weichen Laufe eine lange Konferenz mit Hoover, dem stellvertretenden Schatzsekretär Mills und dem Führer der republikanischen Senatsfraktion, Nathan.

In der Presse wird hieraus gefolgert, daß man wahrscheinlich die französische Antwortnote als nicht formell empfangen betrachten wolle in der Erwartung, die französische Regierung zu einem größeren Entgegenkommen bewegen zu können.

Staatssekretär Stimson gab am Mittwoch folgende Erklärung ab:

„Der Moratoriumsvorschlag des Präsidenten wurde in großen und einfachen Grundlinien abgefaßt. Der Zweck war vollkommen klar, nämlich einen einjährigen Aufschub der Zahlungen zu sichern. Von diesen Grundlinien wird nicht abgegangen werden. Wir machen erhebliche Fortschritte, aber bei einer Angelegenheit, die so viele verschiedenartige Schuldner und Völker angeht, gibt es natürlich viele Details, die man nach gründlicher Prüfung und Besprechung mit diesen Völkern ergänzen muß. Diese Besprechungen müssen notwendigerweise auf dem normalen Wege durch die diplomatischen Stellen und nicht durch die Presse erfolgen.“

Diese Erklärung Stimmons erfolgte, nachdem der Staatssekretär durch den Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Edgar, über den Inhalt der französischen Antwort unterrichtet worden war.

In Regierungskreisen vertritt man den Standpunkt, daß angesichts der so kritischen Lage Deutschlands eine Teilzahlung, geschweige denn ein Zurückgreifen auf die Bestimmungen des Youngplans, Deutschland nicht die bringend nötige Hilfe bringe.

Aber den Inhalt der in Washington überreichten französischen Note macht der Pariser „Antanfigant“ folgende Angaben:

Die Note ist in einer sehr höflichen Form gehalten und lobt die hohen Gefühle der Initiative des amerikanischen Präsidenten. Sie weist dann auf die juristische Seite des Vorschlags hin und legt mit aller Deutlichkeit die beiden Grundgedanken der französischen Haltung dar. Diese lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der Youngplan ist vom französischen Parlament ratifiziert worden und kann nicht ohne einen bestimmten Auftrag des Parlaments geändert werden. Vor allem darf die wesentliche Unterscheidung zwischen den bedingten und den bedingungslosen Zahlungen nicht ohne weiteres beseitigt werden.

2. Frankreich wünscht mit allen Mitteln den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und der Welt zu erleichtern. Es würde also damit einverstanden sein, daß Deutschland während eines Jahres keine Zahlungen leistet unter der Bedingung, daß der ungefähre Teil der Annuitäten an die VZB überwiesen, aber nicht in Devisen umgewandelt werden wird. Die Bank hat diese Summe dazu zu bemühen, um Deutschland und den anderen mitteleuropäischen Mächten Kredit zu gewähren.

### Erklärungen Snowdens zum Hoover-Vorschlag

In Beantwortung einer förmlichen Anfrage Baldwin im Unterhaus verwies am Mittwoch Schatzkanzler Snowden zunächst auf die Erklärung Macdonalds, wonach sich die englische Regierung grundsätzlich und von ganzem Herzen mit Hoovers Vorschlag einverstanden erkläre. Die Wohlthaten des Hoover-Plans müßten verloren gehen, wenn die interessierten Staaten nicht sofort Maßnahmen zur sofortigen Wirksamkeit der Vorschläge ergreifen würden. Das sei besonders im Falle Deutschlands nöwendig, und hierin liege die Hauptschwierigkeit. Eine raschere Methode zur Inkraftsetzung der Suspensionsvorschläge Hoovers müsse gefunden werden. Entsprechend dem Vorschlag Hoovers sei die englische Regierung bereit, alle Regierungsschuldenzahlungen auf ein Jahr auszusparen, sowohl Reparations- wie Reliefschulden. Unter Zugrundelegung des Hooverschen Planes ist sie weiter bereit, die ihm von den Dominions und Indien zu zahlenden Schulden ebenfalls auf ein Jahr auszusparen.

### Italiens Antwort

Der italienische Botschafter in Washington hat am Mittwoch Staatssekretär Stimson die Antwort der italienischen Regierung überreicht. In der Antwort heißt es, daß die italienische Regierung den Vorschlag grundsätzlich annehme. Mussolini behalte sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt gewisse Vorschläge für eine internationale Zusammenarbeit, die auch im Hinblick auf die kommende Abrüstungskonferenz von großer Bedeutung sei, zu unterbreiten. Eine Bedingung wegen der deutsch-österreichischen Zollunion ist also nicht gestellt.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 15. Juni 2 620 980, was eine Zunahme um 18 032 gegenüber der Vorwoche bedeutet.

### Letzte Nachrichten Ein 100-Millionen-Dollar-Kredit für die Reichsbank

Zur Ueberbrückung des Ultimo  
WTB. Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Aus London liegen private Nachrichten vor, wonach die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reservebank in New York und die VZB der Reichsbank gemeinsam einen Kredit von 100 Millionen Dollars zur Ueberbrückung des Ultimos geben wollen. Man will auch wissen, daß die vier freibleibenden Banken zu gleichen Teilen beteiligt seien, und daß der Kredit bis zum 16. Juli läuft.

Aus New York ist aber heute vormittag noch eine Nachricht eingetroffen, derzufolge der Abschluß eines Kredites demotiviert wird mit dem Hinzufügen, daß die Verhandlungen weitergingen. Eine ähnliche Auskunft erhalten wir von maßgebender und unterrichteter Berliner Stelle. Nach unseren Informationen darf man annehmen, daß der Abschluß des Kredites nahe bevorsteht. Das würde bedeuten, daß alle Schwierigkeiten, die etwa zum Ultimo befürchtet werden könnten, als überwunden gelten dürften. Der Betrag von 100 Millionen Dollars würde ausreichen, um auch den großen Anforderungen zu genügen.

### Reichseinnahmen und -ausgaben im April

WTB. Berlin, 25. Juni. (Tel.) Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im April 1931 (Angaben in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 924,2 und die Ausgaben 860,7; mithin ist für April eine Mehreinnahme von 73,5 zu verzeichnen. Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages aus dem Vorjahre in Höhe von 1030,5 ergibt sich nach Abzug der Mehreinnahme aus dem Monat April für das Ende des Berichtsmontats ein Defizit von 957,0.

Im außerordentlichen Haushalt wurden insgesamt 8,9 vereinnahmt, darunter 6,7 aus dem Verkauf von Vorkursaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Da die Ausgaben insgesamt 6,9 betragen, ergibt sich eine Mehreinnahme von 2,0, die von dem Defizit am Schluß des Rechnungsjahres 1930 in Höhe von 261,4 abzuziehen ist, so daß ein Fehlbetrag von 259,4 verbleibt. Der Kassenbestand betrug am 30. April 1931 insgesamt 1722,0, wovon 1673,0 verwendet wurden, so daß ein Restbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen von 49,0 vorhanden war. Die schwedische Schuld hat sich per 30. April auf 1726,5 erhöht, gegen 1709,5 am 31. März 1931.

### Die sittlichen Verhältnisse im „Braunen Haus“

WTB. München, 25. Juni. (Tel.) Das sozialdemokratische Parteiorgan, die „Münchener Post“, hatte in den letzten Tagen eine Reihe von Artikeln gebracht, in denen die sittlichen Verhältnisse im „Braunen Haus“, dem Hauptquartier der Nationalsozialisten, an Hand von Berichten Dr. Meyer, Regensburg, und Oberleutnant a. D. Schulz beleuchtet werden sollten. Nachdem der „Völkische Beobachter“ bereits gestern eine Erklärung des besonders schwer beschuldigten Stabschefs der SA, Oberleutnant Wilm, gebracht hatte, die den Bericht Dr. Meyers als Fälschung bezeichnete, erklärt in der heutigen Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ auch Oberleutnant Schulz den angeblich von ihm stammenden Bericht als gefälscht und die darin behaupteten Tatsachen als unwahr.

Gleichzeitig ist, wie der „Völkische Beobachter“ weiter meldet, vom Amtsgericht München eine einstweilige Verfügung ergangen, die auf Grund einer eidesstattlichen Versicherung von Oberleutnant Schulz die Wiederholung oder Weiterverbreitung dieser Behauptungen, soweit sie den angeblichen Schuldschein betreffen, bei Verneinung einer Geldbuße in unbefristänkter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt.

### Arbeitslosendemonstrationen in Polnisch-Oberschlesien

WTB. Rybnik, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Gestern vormittag fanden hier große Kundgebungen der Arbeitslosen statt, gegen die die Polizei, die mit Stahlhelmen, Karabinern und Revolvern ausgerüstet war, einschritt. Es dauerte jedoch mehrere Stunden, ehe die Polizei die Straßen und das Rathaus geräumt hatte. Die Polizei, die ausgiebig vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht hatte, hat auch mehrere auf dem Wege zur Schule befindliche Besucher der Handelsschule und des Gymnasiums verprügelt. Eine Anzahl Demonstranten wurde verhaftet. Die Erregung über das brutale Vorgehen der Polizei ist in der Stadt aufs äußerste gestiegen.

Die „Polonia“ gibt das in Rybnik verbreitete Gerücht wieder, daß unter den auswärts zugezogenen Polizeikräften sich viele Mitglieder des Aufständischenverbandes befänden, die, in Polizeiform gekleidet, als Polizeihilfsmannschaften vermandt wurden.

Die Wirtschaftssachverständigen des Europa-Ausschusses. Am Mittwoch ist im Völkerbundsekretariat in Genf ein Komitee von 10 Wirtschaftssachverständigen zusammengetreten, um im Auftrag des Europa-Ausschusses nach Mitteln und Wegen einer besseren Organisation der Produktions- und des Güteraus-tausches zu suchen. Deutschland ist vertreten durch den Generalsekretär des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Einen Zollunionsplan unter den lateinamerikanischen Staaten bereitet der chilenische Außenminister vor

### Arbeitsdienstpflcht — oder „Freiwillige Schafferpflcht“

Von Dipl.-Ing. R. MauritiuS.  
Der Leiter der „Schaffer-Gilde“, Dipl.-Ing. R. MauritiuS, äußert sich in längeren, uns zugehenden Ausführungen zu dieser Frage:

Das Kapital der Arbeitskraft liegt im einzelnen Menschen, und dieses Kapital wird sich aber nicht durch eine Arbeitsdienstpflcht zugunsten des Staates hervorlocken lassen. Es gibt nur einen Weg, um diese Arbeitskraft dem Volksganzen dienstbar zu machen, die klare Erkenntnis, daß der Aufstieg Deutschlands nicht über die Förderung des Staates als solchen kommt, sondern daß der Aufstieg Deutschlands über den einzelnen Beschäftigten geht, der arbeiten und sparen will. Die Förderung dieses Aufstieges ist zugleich und muß zugleich die Selbstauslese der Lebenskräftigen und Lebensstüchtigen sein, welche nach dem ungeheueren Blutverlust des Weltkrieges im letzten Jahrzehnt fast völlig zugunsten der Lebensschwachen und einer Rentensphäre vernachlässigt worden ist. Was wir brauchen, ist ein freiwilliger Arbeitsdienst im Sinne einer „freiwilligen Schaffer-Pflcht“, mit dem Ziel für den einzelnen, sich einen Rückhalt für die eigene Zukunft zu erwerben. Die Schaffer-Gilde, Karlsruhe, führt, zusammen mit der Schaffer-Bank gem. UG, Karlsruhe, diese freiwillige Schaffer-Pflcht in der Praxis bereits durch. Es besteht dazu die Absicht, an allen Orten Deutschlands Schaffer-Gilden zu errichten.

Die Schaffer übernehmen als „Wertgruppen“ die Ausführung einer Arbeit nach einem Wertvertrag. Die Mitglieder dieser Wertgruppe sind Selbstversicherer und nicht Arbeitnehmer. Die Wertgruppe übernimmt beispielsweise unter Fachführung eines Maurermeisters den Rohbau eines Einfamilienhauses zu einem vereinbarten Preise. Die Wertgruppe ist also genau so wenig wie ein allein arbeitender Handwerker an eine bestimmte Arbeitszeit gebunden. Auf diese Weise ist es rechtlich zulässig, daß die Gruppe nicht nur 8, sondern auch 10 Stunden pro Tag arbeiten kann. Jeder einzelne „Schaffer“ läßt sich aber nur das Nötigste zum Leben ausbezahlen, der Rest wird auf Grund eines gleichzeitig abgeschlossenen Bauvertrages als Anzahlung auf das spätere Eigenheim verbucht.

Für diese Bauanzahlung kauft die Schaffer-Gilde Aktien der Schaffer-Bank. Diese Aktien sind durch den Aufbau dieser Bank werbeständig und in Hypotheken gesichert, so daß die einzelne, auf hundert Reichsmark lautende Aktie eigentlich nichts anderes ist als ein Teilhypothekenschein, welcher auf hundert Reichsmark lautet. Die aus Schaffer-Stunden geleisteten Anzahlungen sind also einwandfrei gesichert. Für den Zulauf eines Genußscheines erwirbt der Schaffer gleichzeitig das Anrecht auf den entsprechenden Betrag einer hundertprozentigen Hypothek nach den Darlehensbedingungen der Schaffer-Bank gem. UG, Karlsruhe, Kammitr. 11, deren Zuteilung den Erwerb eines Eigenheims überhaupt für viele erst auf die Dauer finanziell tragfähig macht.

Will einer der Schaffer später aus irgendeinem Grunde von seinem Bauvorhaben zurücktreten, so gibt er der Gilde oder der Schaffer-Bank den Auftrag zum Weiterverkauf seiner Aktien mit Genußscheinen. Je länger er diese in Händen bzw. Besitz hatte, um so näher sind diese Aktien der Zuteilung der hundertprozentigen Hypothek und um so leichter sind sie weiterzuerkaufen.

In diesem Falle ist für den Schaffer die Mitarbeit nichts anderes als eine Sparkasse gewesen.

Die vorstehend erwähnte Organisation der freiwilligen Schaffer-Pflcht ist nichts anderes als die uralte gegenseitige Hilfe beim Aufbau der Wohnstätten in einer den Zeitverhältnissen angepaßten beweglichen Form.

Einer hilft dem andern und erarbeitet sich vor allem seinen Lebensunterhalt selbst. Wenn er eines Tages eine bessere Arbeitsgelegenheit findet, so verläßt er seine wertbeständigen Papiere, denn das sind die Schaffer-Bank-Aktien, an einen andern.

Wie sehr die freiwillige Schaffer-Pflcht der Seele unserem deutschen Volke entspricht, zeigt die Tatsache, daß die Schaffer-Gilde sich heute schon nicht mehr retten kann vor Siedlungslustigen, welche nach dem „Schaffer-Prinzip“ sich den Anteil für ein Eigenheim erwerben wollen.

Die Beträge, welche die einzelnen sich ausbezahlen lassen, sind verschieden hoch. Sie staffeln sich nach den Bedürfnissen, ob verheiratet oder ledig, bzw. größerer oder kleinerer Familie. Vielfach ist es so, daß ein oder mehrere Söhne von einer im Einkommen oder in Pension stehenden Familie sowieso durchgehalten werden müssen. Und da sagen die Eltern mit Recht: Ehe mein Junge durch die Arbeitslosigkeit verbummelt, soll er als Schaffer mitarbeiten. Durchhalten müssen wir ihn ja sowieso. Wenn er nur pro Woche 5 oder 10 RM. Taschengeld bekommt (damit er Sonntags ausgehen kann), von einer Beamtenwitwe arbeiten zur Zeit zwei Söhne auf diese Weise mit. Wöchentlich bleiben 60 bis 70 RM. stehen. In zehn Wochen macht das 6—700 RM. aus. Dieses Geld würde ohne eine „freiwillige Schaffer-Pflcht“ nie verdient.

Besonders wertvoll ist, daß auf diese Weise das brachliegende Kapital unserer Arbeitskraft genutzt wird. Es werden Leute Arbeitgeber der Wirtschaft, die sonst nie daran denken könnten, sich ein Einfamilienhaus zu erwerben.

Das hodenständige Handwerk wird dabei in keiner Weise ausgeschaltet, nur ist die Organisation, in welcher das Handwerk eingeschaltet wird durch die notwendige Form der „Wertgruppe“ etwas anders als bisher. Andere Zeiten erfordern eben auch andere Mittel und Wege.

Als wesentlich möchte ich noch hervorheben, daß Erwerbslose, welche heute noch „stempeln“, sich melden, um nach dem Schafferprinzip zu arbeiten, obwohl sie dabei nicht viel mehr

Weld in die Hände bekommen als bei der Erwerbslosenversicherung. Dies ist der beste Beweis für die Richtigkeit der Theorie durch Setzen eines Zieles — den Aufbau eines Rückhaltes für die eigene Existenz — die Erwerbslosigkeit und die damit verbundene seelische Verzweiflung bei den lebenskräftigen Elementen zu lösen.

Interessant ist die Ergänzung der Finanzierung der „Freiwilligen Schafferspflicht“.

Neben einer größeren Zahl direkt vorhandener Bauaufträge, für die das erforderliche Eigenkapital in Höhe von zirka 20 Proz. des gewählten Bauplans in bar einbezahlt wird, melden sich eine Reihe von Siedlungslustigen, welche bei der Schaffer-Gilde ein billiges Einfamilienhaus mit großem Garten erwerben wollen und sagen: „Wir sind bereit zu bauen, wir bringen als Anzahlung 500, 1000, 1500 M oder sonst einen Betrag mit. Den fehlenden Rest der Anzahlung kann unser Sohn, Bruder, Schwager oder Freund miterarbeiten.“ Dies selbstverständlich, soweit Arbeit vorhanden, auch über die zu leistende unbedingt erforderliche Baranzahlung hinaus. Sämtliche gemachten Einzahlungen werden von der Schaffer-Bank gem. A.G. wertbeständig und hypothekarisch gesichert.

Es ist selbstverständlich, daß die Schaffer-Gilde in ihrem Aufbau die Leute bevorzugt, welche noch einen Teil Baranzahlung mitbringen, denn mit jedem barfinanzierten Bau können wieder eine Reihe weiterer „Schaffer“ ohne Vermittel eingestuft werden.

Es ist klar, daß dieses „Schaffer-Prinzip“ eine Auflockerung des Erwerbslosenproblems bedeutet mit dem Ziel, den Erwerbslosen über einen freiwilligen Sparzwang hinweg zu setzen zu bringen und damit zum Arbeitgeber der Wirtschaft zu machen und ihn damit in den Produktionsprozeß wieder einzufügen. Es ist ohne weiteres klar, daß nach diesem Schaffer-Prinzip auch öffentliche Bauten, Straßenbauten, Meliorationen, ländliche und halbländliche Siedlungen usw. durchgeführt werden können, d. h. mit anderen Worten: Aus dem Arbeitskapital der deutschen Menschen heraus kann der Staat einen niederzinslichen Kredit in Anspruch nehmen, der dann, wenn die Werte geschaffen sind, aus dem Ertrag der betreffenden geschaffenen Werte allmählich getilgt werden kann. Der Abbau der Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege ist heute kaum möglich. Eben so unmöglich ist aber, auf der anderen Seite auf die Dauer die Aufbringung der erforderlichen Mittel für rein unproduktive Zwecke. Diefelben Mittel, welche heute für rein unproduktive Versicherung und Wohlfahrtspflege aufgebracht werden, genügen aber, um nach dem Schafferprinzip die gesamten Arbeiter produktiv zu beschäftigen und ihnen einen Teil ihrer Arbeitsleistung in Augenblick in Schaffersstunden gutzuschreiben, um sie dann später aus Einnahmen oder Ersparnissen (Miete) geschaffener Werte zurückzubehalten.

Das Siedlungsgelände der Schaffer-Gilde sieht die Besiedlung mit 6-800 Einfamilienhäusern mit großem Garten vor. Da ist Platz für die Häuser der Schaffer ebenso wie für die des Mittelstandes, der seine Anzahlung in bar aufbringt. Ein großes Gelände, um ein Schulbeispiel der Besiedlung durch „Freiwillige Schafferspflicht“ im großen durchzuführen. Es ist klar, der Staat kann niemand zwingen, nach diesem Prinzip zu arbeiten, aber die private Initiative kann diese Wege zeigen und sie gehen. Sache der Behörden wird sein, das „Schaffer-Prinzip“, welches nichts anderes als eine Auflockerung der Erwerbslosennot bedeutet, zu unterstützen.

Der Reichsbund der Zivildienstberechtigten hält vom 28. Juni bis 1. Juli in Mainz seinen 34. Bundestag ab. Die Organisation umfaßt 130 000 ehem. Angehörige der alten Armee, der neuen Wehrmacht und der Schutzpolizei der Länder. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben besteht darin, für eine Sicherung der Existenz der ausgeschiedenen Soldaten und Polizeibeamten für die Zeit nach Ablauf der Dienstverpflichtung einzutreten. Die im Februar dieses Jahres vom Reichsminister des Innern veröffentlichte Statistik über den Stand der Zivildienstverpflichtung hat ergeben, daß zur Zeit 44 000 Versorgungsanwärter auf die ihnen gesetzlich verbrieft Anstellung seit Jahren warten.

Abgehen der Badischen Heimat. Seit längerer Zeit bemüht sich der Landesverein Badische Heimat, sich Freieburg i. Br., auf Wunsch seiner Ortsgruppen vor allem, ein Vereinsabzeichen herauszubringen. Nach allerlei Bemühungen einigte man sich dahin, das badische Wappen in guter Form und in guten Farben als Zeichen der „Badischen Heimat“ zu wählen. Die Ausgabe des neuen Abzeichens, welches eine bekannte Forstheimer Firma herstellt, erfolgt in den nächsten Tagen.

Eine Kundgebung der Künstler. Der Reichsverband bildender Künstler, Gau Südwestdeutschland, tritt in einer Kundgebung seines Vorstandes aus Anlaß des Münchener Glaspalast-Brandes dafür ein, daß hervorragende Bildwerke durch berufene Künstler kopiert werden, damit in Zukunft in erster Linie diese Kopien ausgetauscht werden könnten. Der Verband weist insbesondere auch darauf hin, daß durch derartige Aufträge einer großen Anzahl von Künstlern über die schlechten Zeiten hinweggeholfen werden könnte.

Eine Stein-Feier der Universität Heidelberg. Die Universität Heidelberg veranstaltet am Montag, den 29. Juni, abds. 8 Uhr, in der Aula der Neuen Universität eine Gedenkfeier zum hundertsten Todestage des Freiherren vom Stein. Die Gedächtnisrede, die der Historiker der Universität, Professor Dr. Andreas, halten wird, wird umrahmt durch musikalische Vorträge des städtischen Orchesters unter Leitung von Universitätsmusikdirektor Dr. H. W. Popp.

Orchester und Stadttheater in Heidelberg bleiben! Von Einzelheiten des neuen, vom Landeskommissar in Mannheim festgelegten Haushaltsplanes der Stadt Heidelberg erfährt man bisher, daß das städtische Orchester bestehen bleiben wird, weil der dafür eingesezte Betrag auch vom Landeskommissar genehmigt worden ist. Ebenso ist der Zuschuß von 25 000 M für das Stadttheater, um den man im Vorjahre so stark gestritten hatte, wieder eingesezt worden, so daß der Weiterbetrieb des Stadttheaters unter der privaten Verantwortung des bisherigen Intendanten Hahn auch für 1931/32 gesichert ist.

Die Vorbereitungen in Bayreuth. Arturo Toscanini ist in Bayreuth eingetroffen und wurde im Haus Bahnfried, woselbst der berühmte Dirigent auf Einladung von Frau Winifred Wagner Wohnung nimmt, von ihr begrüßt. Mit dem Eintreffen dieser letzten der leitenden Persönlichkeiten hat nunmehr der Hochbetrieb der Proben zu den Festspielen eingesezt. Die Orchesterproben zum „Tristan“ und dem „Ring“, die von Dr. Wilhelm Furtwängler und Karl Elmendorff geleitet werden, sind bereits beendet. Jetzt schließen sich die „Lannhäuser“ und die „Parzifal“-Proben Toscaninis an. Die Verwaltung ist aus ihren bisher im Rathaus innegehabten Räumen seit 14 Tagen in den neuen Verwaltungsbau auf dem Festhügel übergesiedelt. Außerdem sind in diesem Neubau umfangreiche Proben- und Garderobenräume untergebracht die sich als wesentliche Erleichterung im gesamten Proben- und technischen Betrieb auswirken. Die Bühne hat durch Schaffung einer umfangreichen Seitenbühne eine wesentliche Bereicherung erfahren.

## Frankreich zur Einladung Brünings

Nach Chequers — Paris.

Aber die Aufnahme der Anregung des Reichskanzlers in Paris teilt eine offiziöse Meldung der Havas-Agentur folgenden mit:

„In hiesigen politischen Kreisen hat man am Mittwoch in einer Rundfunkrede des Reichskanzlers Dr. Brüning getauchte Anregung einer offiziellen Besprechung mit den Regierungschefs und den Außenministern beider Länder besprochen. Die Angelegenheit ist auch in der Sitzung des Ministerrats ins Auge gefaßt worden. Die Anregung des Reichskanzlers wird, wenn sie präzisiert werden sollte, keine ungünstige Aufnahme in Paris finden.“

W.A. Paris, 25. Juni. (Tel.) Die Rundfunkrede Brünings findet in der heutigen Morgenpresse allgemeine Beachtung. „Matin“ stellt fest, daß sie hervorzuheben sei und daß Außenminister Briand sich hierüber gestern des längeren mit Votschaffter von Dösch ausgesprochen habe. Die französische Regierung begrüßt herzlich den Gedanken eines Besuchs der Reichsminister, sobald die Lage in Berlin ihnen eine Reise gestatte. „Revue Parisienne“ sagt, Brüning habe mit einer Kühnheit, die sogar alles das, was Gustav Stresemann in diesem Sinne versucht habe, übertriffe, diese Anregung gegeben. Der sozialistische „Populaire“ erklärt, jetzt habe der Ministerpräsident Laual das Wort. Es erscheine unmöglich, daß er sich dem Appell Brünings verschließe. Ein Teil der Rechts- und gewisse Kreise traten dafür ein, daß Frankreich auf die amerikanische Vermittlung, um Deutschland Gesandte zu machen, deren moralischen Nutzen Frankreich nicht einmal erhalte, verzichten möge, um direkt mit den Reichsministern zu verhandeln.

## Von der Deutschen Luftkassa

Am 27. Juni findet die diesjährige ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Luftkassa in Berlin statt, auf der der Vorstand und Aufsichtsrat den Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1930 geben. Die Steigerung der eigenen Einnahmen um 1,4 Millionen beruht hauptsächlich auf der bedeutenden Zunahme der Postbeförderung im Jahre 1930, da die Einnahmen aus der Passagierbeförderung sogar einen Rückgang aufwiesen. Eine erfreuliche Zunahme weist der Sonderverkehr auf, in dem die Zahl der Passagiere von 19 995 auf 30 474 anstieg. Die Betriebskosten betrugen 19,82 Mill. (21,04 Mill.), Sandlungskosten 1,62 Mill. (2,02 Mill.). Abgeschrieben wurden 5,21 Mill. (6,54 Mill.). Das Geschäftsergebnis lag so erheblich günstiger, als im Vorjahr. Der verbleibende Überschuß von 8423 (14 044) M soll wie in den Vorjahren der Reserve zugewandt werden. Wie verlautet, ist nach dem bisherigen Verlauf des neuen Geschäftsjahres auch für das Jahr 1931 eine weitere günstige Steigerung des Geschäftsverlaufs der Deutschen Luftkassa zu rechnen. Die Beschäftigung in den Fracht- und Postbeförderung weist gegenüber dem Vorjahre wieder Erhöhungen auf.

## Kurze Nachrichten

Die Erneuerung des Berliner Vertrages wurde in Moskau von Kreftsinsh und dem deutschen Votschaffter von Dirschen unterzeichnet.

Die Nachverhandlungen um den Siedespruch im Ruhrbergbau finden am heutigen Donnerstag in Berlin statt.

Landrat Hansmann zur Disposition gestellt. In einer Sitzung des preußischen Kabinetts wurde beschloffen, den Landrat des Lenneper Kreises, Hansmann, zur Disposition zu stellen. Wie die Berliner Presse hierzu mitteilt, ist dieser Beschuß auf Bitte des Landrats zurückzuführen. Hansmann ist Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags.

Die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf feierte ihr hundertjähriges Bestehen. Bei einem Bankett auf Schloß Venrath sprach der preußische Handelsminister Dr. Schreiber.

Dr. Weigelt, leitender Direktor der Österreichischen Kreditanstalt? Wie die „Wien. Allg. Ztg.“ erfährt, hat sich der österreichische Minister für die Verlegung des Direktors Dr. Weigelt von der Deutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft als leitender Direktor der Kreditanstalt entschieden, für den Fall, daß Direktor Weigelt die gestellten Bedingungen annimmt.

Schließung der Wiener Hochschulen. Im Zusammenhang mit Unruhen, die in Wien am Dienstag zwischen den Studenten an der Universität und den Hochschulen entstanden, sind die Universität und die Hochschulen bis auf weiteres geschlossen worden.

Stahlhelmer in Polen verurteilt. Das polnische Gericht in Dirschau verurteilte die sieben Danziger Stahlhelmer, die wesentlichlich die polnische Grenze in Uniform überschritten hatten, zu je 1 Monat Haft.

Zusammenstöße in Danzig. Blutige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Schutzbündlern, bei denen 16 Personen schwer und 25 leicht verletzt wurden, haben den Danziger Senat veranlaßt, dem Vorstand ein Ermächtigungsgesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorzulegen.

## Literarische Neuererscheinungen

Rechers Reisebücher: Die Provence, Unteres Rhonetal, Grenoble, Pelvoux-Gruppe, Niedere Languedoc. 1931. XXXII und 124 Seiten. Mit 6 Karten und 12 Plänen. In biegsamem Ganzleinenband 6 RM. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig. — Das Rhonetal, das im Mittelpunkt dieses neuen Führers der beliebten Sammlung steht, ist der naturgegebene Weg aus dem Herzen Europas zum Mittelmeer, vor allen Dingen für Automobilisten wichtig, weil hier keine hohe Gebirgsstränge zu überwinden sind. An erster Stelle sei deshalb die darin enthaltene ausgezeichnete, mehrfarbige Autostraßenkarte hervorgehoben, die das Gebiet Lyon—Marseille umfaßt. Außerdem sind aber auch alle Zugangswege von Straßburg und Genf aus eingehend dargestellt. Schon beim flüchtigen Durchblättern dieses Führers bekommt man einen Eindruck von der Fülle des Sehenswerten: Avignon mit seiner Papstburg — Tarascon (die Stadt des Tartarin) mit dem Schloß des Königs René — Arles mit seinem riesigen römischen Amphitheater und seiner berühmten Kathedrale Saint Trophime — die fast schon orientalische wirkende Hafenstadt Marseille — die mächtige Feste Carcassonne, in der sich die Geschichte zweier Jahrtausende spiegelt. So ist dieses Buch eigentlich noch weit mehr als ein Reiseführer: Es bietet jedem, der sich für Kunst und Leben der Vergangenheit interessiert, einen kulturgeschichtlichen Querschnitt durch ein an Denkmälern außerordentlich reiches Land.

## Aus den Ländern

### Bayerischer Protest gegen Antiarisierungstendenzen

Reichskanzler Dr. Brüning wurde am Mittwochvormittag von Bischof von Speyer, Forsttrat Escherich, Kommerzialrat Gregorius-Rürnberg und Stadtrat Adelhof-Augsburg eine von 1500 angesehenen Persönlichkeiten Bayerns unterzeichnete Adresse übermittelt, in der die Besorgnis Bayerns, wie auch Angehöriger anderer deutscher Staaten wegen der im Reich verschiedentlich auftretenden Antiarisierungstendenzen ausgesprochen wird. Es sei falsch, so heißt es in dem Schreiben, anzunehmen, daß die Länder absterbende Gebilde seien, an deren Weiterbestand nur kleine Kreise aus Beharrungsvermögen interessiert seien. Eine solche Voraussetzung wäre ebenso irrig, wie die Annahme, daß Ministerpräsident Dr. Brüning in seinem Kampfe für Bayerns Eigenstaatlichkeit nur die Teile des Volkes hinter sich habe, die ihm parteipolitisch Gefolgschaft leisteten.

### Preussischer Staatsrat gegen Staatsregierung

Der Preussische Staatsrat befaßte sich dieser Tage mit der Frage der Anrufung des Staatsgerichtshofes zur Entscheidung der verfassungsrechtlichen Streitfälle mit dem Staatsministerium. Dr. Wessfeld berichtete über die Beratungen des Ausschusses. Es handle sich hier um einen alten Streitfall. 1923 sei es nicht zu einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes gekommen, wann der Staatsrat beim Erlaß von Verordnungen zu hören sei. Man habe damals ein Kompromiß geschlossen, nachdem die Staatsregierung entgegenkommende Erklärungen abgegeben habe. Es sei die Bildung eines besonderen Ausschusses angeregt worden, der sich aber als nicht praktisch erwiesen habe. Tatsächlich seien Verordnungen noch weiter erlassen worden, ohne daß der Staatsrat gehört worden sei, obgleich nach Ansicht des Staatsrats auf Grund der preussischen Verfassung die Anhörung notwendig gewesen wäre.

Der Staatsrat beschloß ohne weitere Aussprache, wegen der Verfassungswidrigkeit mehrerer Verordnungen die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzufordern. Ferner erklärte der Staatsrat § 4 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1931 vom 29. Mai 1931 für verfassungswidrig und beschloß, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzufordern. Des weiteren gab der Staatsrat der Auffassung Ausdruck, daß bei den Ausführungsverordnungen zu den Nebenordnungen des Reichspräsidenten die Verfassungsbestimmungen über die Vorlegung zur Begutachtung nicht richtig zur Anwendung gebracht seien und daß auch diese Frage der Entscheidung des Staatsgerichtshofes unterbreite werden solle.

### Der Sklarekandal

#### Das bisherige Untersuchungsergebnis

Nach eindreiwertjähriger Tätigkeit beendete der Sklarek-Ausschuß des Preussischen Landtags am Mittwoch seine Arbeiten. Die Ausschussmitglieder, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten einigten sich u. a. auf folgende Feststellungen:

1. Bezüglich der städtischen Kleidervertriebsgesellschaft (KVG) und der Berliner Ankaufsgesellschaft (BAG) hat der Untersuchungsausschuß festgestellt, daß in diesen Wirtschaftsbetrieben die allergrößten Mißstände bestanden.

2. Die von der Firma Sklarek verübten betrügerischen Handlungen und Fälschungen gegenüber der Stadtbank, die Schädigung von rund 10,5 Millionen und die Verzugsbehandlung der Firma Sklarek von Seiten der Stadt und der städtischen Gesellschaften (KVG und BAG) wurden begünstigt durch Bestechung leitender Beamten und Angestellten.

3. Bei den Krediten an die Firma Sklarek hat die Stadtbank sowohl in bezug auf die notwendige Vorfrist, als auch im Hinblick auf die Sorgfalt in der Kreditbearbeitung im Sinne eines geordneten Bankbetriebes völlig versagt. Die Hauptschuld an dieser Mißwirtschaft trifft die früheren Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann, die zweifellos aufs schärfste gegen ihre Pflicht verstoßen haben.

4. Im Grundstücksbezern der Stadt Berlin trieb der verantwortliche Leiter, Stadtrat Busch, ausgesprochene Korruption. Der Eifer, mit dem der verantwortliche Grundstücksbezern die Grundstücksankäufe betrieb, fand zum Teil seine Erklärung in den persönlichen Vorteilen, die er aus ihren Abwicklungen zu ziehen wußte.

Schließlich wird festgestellt, daß diese Mißstände erheblich begünstigt wurden durch die Unübersichtlichkeit, durch die unklare Zuständigkeit und durch die Organisationsmängel der Berliner Stadtverwaltung. Für die Mängel in der Organisation der städtischen Verwaltung war der damalige Oberbürgermeister, der nicht in allen Teilen seinen schwierigen Aufgaben gerecht wurde, verantwortlich. Darüber hinaus bewahrte er nicht diejenige persönliche Zurückhaltung, die seine besonders exponierte amtliche Stellung als Oberhaupt der Reichshauptstadt gefordert hätte.

### Steuerbehörde und Favag-Direktoren

Im Anschluß an die wirtschaftliche Abwicklung der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. sind 4 der jetzt in Anklagezustand versetzten Direktoren der Favag von der Steuerbehörde in Frankfurt a. M. nachveranlagt worden. Die von der Steuerbehörde festgesetzten Summen für diese Nachveranlagung betragen insgesamt 950 000 M.

Der ehemalige Direktor Philipp Beder, über dessen Vermögen vor einigen Tagen Konturs eröffnet wurde, ist mit 600 000 M vom Finanzamt nachveranlagt worden. Von zwei weiteren Direktoren verlangt das Finanzamt eine Steuernachzahlung von je 150 000 M und von einem früheren Vorstandsmittglied 50 000 M. Gehe die Höhe dieser Veranlagung haben die Beschuldigten sämtlich Einspruch erhoben. Die Steuerstrafverfahren sind bisher noch nicht eingeleitet worden. Sie können auch erst in Fluß kommen, wenn festgestellt worden ist, wie hoch tatsächlich die hinterzogenen Beträge sind. In einzelnen Fällen ist es sogar zweifelhaft, ob überhaupt Steuerverfahren vorliegen. Die augenblicklichen Vermögensverhältnisse der Direktoren sind denkbar schlecht. Beim Zusammenbruch bestand des Vermögens der Direktoren zum Teil aus Favag- und Helios-Aktien.

In einem Kino in Galaz (Rumänien) entstand am Mittwoch durch Entzündung des Filmbandes ein Brand, der fürchterliche Panikszenen hervorrief. In wenigen Augenblicken fand die Projektionskabine völlig in Flammen. Der Gefährte fürzte wie eine lebende Feuerkugel mitten in die Zuschauermenge, die in wilder Panik die Ausgänge zu erreichen suchte. Der Operateur wurde später völlig verlohrt aufgefunden. Weitere Personen waren dank dem raschen Eingreifen der Feuerwehr nicht zu Schaden gekommen.

Ein Kommunistenprozeß in Tokio. In Tokio begann ein großer politischer Sensationsprozeß gegen 44 Angeklagte, denen kommunistische Tendenzen zur Last gelegt werden.



### Der Ozean in 15 Stunden überflogen

Die amerikanischen Flieger Willi Post und Harold Gatty, die am Dienstagabend halb 9 Uhr (M.E.Z.) in Harbour-Grace (Neufundland) zu einem Rekordflug um die Welt starteten, sind bereits Mittwochabend um halb 9 Uhr in Berlin gelandet. Sie haben zur Ozeanüberquerung nur 15 Stunden gebraucht, landeten am Mittwochmittag in Seeland (Chester, England), wo sie ihren Brennstoff ergänzten, und flogen dann nach Berlin weiter, das sie nach einer Zwischenlandung in Hannover um halb 9 Uhr abends erreichten. Sie haben somit nur 24 Std. von Neufundland bis Berlin gebraucht. Den Fliegern wurde in Berlin auf dem Flughafen Tempelhof ein herzlicher Empfang bereitet. Sie wurden von Ministerialdirigent Dr. Brandenburg im Namen des Reichsverkehrsministeriums und von Direktor Dr. Bronßky von der Deutschen Luft Hansa zu ihrer glücklichen Ozeanüberquerung beglückwünscht.

W.E.W. Berlin, 25. Juni. (Tel.) Die beiden amerikanischen Ozeanflieger Post und Gatty sind nach kurzem Aufenthalt bereits heute früh 7.38 Uhr vom Tempelhofer Flughafen zum Flug nach Moskau gestartet, das sie in direktem Flug zu erreichen hoffen. Nach den vorliegenden Wettermeldungen dürften die Flieger in 1500 Meter Höhe über der Wolkenbedeckung gutes Wetter und Rückenwind haben, so daß der direkte Flug durchaus möglich erscheint.

### Kleine Chronik

In Kasehurs hat ein unbedeutender Brand an Bord des amerikanischen Marineluftschiffes „Los Angeles“ in der Luftschiffhalle an der Außenhülle des Luftschiffes geringfügigen Schaden angerichtet. Als Brandursache nimmt man Kurzschluss an.

Zwei Kinder in Oshofen (Rheinheffen) hatten nach dem Genuß von Rirschen Wasser getrunken. Es stellten sich heftige Schmerzen ein und die beiden Kinder starben bald darauf.

Die Kürten-Akten sind jetzt dem Preussischen Justizministerium zur Bearbeitung zugegangen. Erst nach genauer Prüfung dürfte sich das Schicksal Kürtens entscheiden. Die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach der Massenmörder Peter Kürten wegen der Ungewißheit über sein Schicksal einen völligen Zusammenbruch erlitten habe, ist nicht zutreffend.

Das Städtchen Fontevault l'Abbaye bei Saumur (Westfrankreich) wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Mittwoch mittag ging eine Wasserhose über der Stadt nieder. Stellenweise erreichte die Überschwemmung eine Höhe von 8 Metern. 7 Häuser wurden von den Fluten niedergebissen, viele andere mußten geräumt werden. Man glaubt, daß einige Bewohner ertrunken sind.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Der Heidelberger Prozeß

W.E. Heidelberg, 25. Juni. (Tel.) Der Prozeß gegen die Geschäftsführer der Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H. nahm am heutigen, sechsten, Verhandlungstag eine überraschende Wendung. Der Oberstaatsanwalt hatte einen neuen Bühreradvokaten, Dr. Salzmann von der Rheinischen Treuhänder-Gesellschaft in Mannheim, kommen lassen, über dessen Zulassung sich zwischen Verteidigung und Anklagevertreter wegen der eventuellen Vertagung des Prozesses eine längere Kontroverse entspann. Schließlich gab das Gericht nach einstündiger Pause dem Antrag auf Zulassung des neuen Sachverständigen statt.

Dem bisherigen Sachverständigen, Traub, wurde die Frage vorgelegt, ob er aus den Büchern die Absicht eines betrüge-

rischen Bankrotts erkennen könne. Hierauf soll er morgen antworten. Der neue Sachverständige, Dr. Salzmann, antwortete auf Befragen, daß er zur Beantwortung verschiedener ihm vorgelegter Fragen zwei Tage benötige. Das Gericht beschloß auf die Bitte Dr. Salzmanns, daß Ludwig Müller heute nachmittag 4 Uhr im Büro der Wohnungsbau-Gesellschaft vorgeführt wird, um im Verein mit den Herren Traub und Köhler die noch schwebenden Fragen zu klären. Die Verhandlung wurde dann auf Freitag nachmittag 5 Uhr vertagt, wo die Beweisaufnahme fortgesetzt und beendet werden soll. Demnach werden die Plädoyer demütlich am Samstagvormittag beginnen können.

#### Wieder schwere Unwetterhäden

W.E. Karlsruhe, 24. Juni. Über unserer Gegend ging am Donnerstagvormittag ein schweres Hagelwetter nieder. Die Eisstücke waren bis eigroß. Der Hagelschlag dauerte nur fünf Minuten, jedoch hat er ziemlich großen Schaden angerichtet. Namentlich Blattpflanzen wurden zerstört und von den Obstbäumen unzählige Obst heruntergeschlagen. In der Höhenwetterstation wurden zertrümmert und von den Obstbäumen unzählige Obst heruntergeschlagen. In der Höhenwetterstation wurden zertrümmert und von den Obstbäumen unzählige Obst heruntergeschlagen. In der Höhenwetterstation wurden zertrümmert und von den Obstbäumen unzählige Obst heruntergeschlagen.

W.E. Karlsruhe, 24. Juni. Heute Mittag kurz vor 12 Uhr ging über Karlsruhe und weitere Umgebung ein furchtbares Unwetter mit Hagelschlag und wolkenbruchartigem Regen nieder. Die Hagelkörner erreichten, was seit Menschengedenken nicht mehr der Fall war, die Größe kleiner Kugeln und zerflogen in Garten und Feld fast alles. Die reiche Kirchengasse ist vernichtet. Stein- und Kernoßit liegt massenweise auf dem Boden. Tausende von Fensterscheiben und Oberlichtern wurden eingeschlagen. Der Glaschaden ist außerordentlich groß. In den meisten Gärten ist kein Frühlingsfenster mehr heil. Die Hagelkörner bedeckten nach zwei Stunden noch die Flächen. Dem Hagelschlag folgte ein wolkenbruchartiger Regen, der verschiedene Straßen unter Wasser setzte. Die Höhe des Schabens ist noch nicht abzusehen.

W.E. Karlsruhe, 25. Juni. Die hiesige Gendarmerie verhaftete gestern in Neulandheim einen 23 Jahre alten Verbrecher, der vor einigen Tagen mit zwei Komplizen aus dem Untersuchungsgefängnis in Bergzabern ausgebrochen war. Im Laufe der Untersuchung ergab sich, daß er in verschiedenen deutschen Städten insgesamt 16 Einbruchdiebstähle und zwei Straßenräube verübt hat, die noch nicht aufgeklärt sind. Die Raubüberfälle (Handtaschendiebstähle) verübte er in Baden-Baden und Marburg in der Weise, daß er seinen Opfern Salz in die Augen warf und ihnen dann die Handtasche entriß.

W.E. Forstheim, 25. Juni. In der Mittelstadt hatte der Lehrer einer Autofahrschule eine Dame (Schülerin) am Steuer, die anscheinend die Herrschaft über das Steuer verlor. Bevor der Fahrtlehrer eingreifen konnte, hatte die Fahrerin bereits den Posten einer Verkehrsstrafe eingewirft. Dieser traf das zufällig des Weges daherkommende 32 Jahre alte Fräulein A. Brechtmann von hier, wodurch sie schwere Verletzungen erlitt. Kurze Zeit nach Einlieferung ins Krankenhaus ist die Schwerverletzte gestorben.

W.E. Baden-Baden, 24. Juni. Zum Fall Levita-Schweck hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe mit Entscheidung vom 15. Juni die weitere Beschwerde des Angeklagten Harry Sally Levita gegen den seine Gastbescherde verwirklichenden Beschluß der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe als unbegründet zurückgewiesen. Beide Gerichte,

das Landgericht und das Oberlandesgericht, haben damit zu erkennen gegeben, daß sie den vom Untersuchungsrichter entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft gegen Levita und Schweck erlassenen Haftbefehl als zu Recht bestehend ansehen und damit beide Angeklagten für dringend verdächtig der mehrfachen vollendeten Erpressung und des Erpressungsversuchs. Gleichzeitig hat das Oberlandesgericht die Beschwerde des Verteidigers des ins Ausland geflüchteten Angeklagten Willi Schweck gegen den ihm die Vergünstigung des sicheren Geleits versagenden Beschluß des Landgerichts zurückgewiesen. Inzwischen ist durch Verfügung der Strafkammer vom 22. Juni 1931 das im Deutschen Reich befindliche Vermögen des flüchtigen Willi Schweck gemäß § 290 St.P.O. mit Beschlag belegt worden.

W.E. Kappelwindeck (bei Bühl), 24. Juni. Altbürgermeister Alois Schneider begeht am heutigen Tage im bölliger geistiger Frische das Fest seines 80. Geburtstages. Aus diesem Anlaß sind ihm weit über die Grenzen unseres Ortes hinaus von allen Seiten die herzlichsten Glückwünsche dargebracht worden. Schneider hat sich um das Wohl Kappelwindecks im Laufe seiner langjährigen Wirksamkeit große und bleibende Verdienste erworben.

W.E. Kurlwangen, 24. Juni. Die 19jährige Agnes Kuner aus Schönwald stürzte sich in selbstmörderischer Absicht am Dienstagvormittag vom Stadelwasserturm herab und war sofort tot. Dies ist der vierte Fall, daß sich jemand in selbstmörderischer Absicht von dem 25 Meter hohen Turm herabstürzte.

W.E. Grenzach, 24. Juni. In der Nacht auf Mittwoch hat auf der Rheinfähre der in Grenzach wohnende 26 Jahre alte Betreuer Grether die 23 Jahre alte Serviermädchen Eugenie Oberer erschossen und dann Selbstmord verübt. Es handelt sich um eine Liebestragödie. Arbeiter, die am Mittwoch früh sich mit der Fähre nach der Schweiz übersehen lassen wollten, fanden die beiden im Nachen mit einem Herzschuß auf, das Mädchen mit Blumen bedeckt. In der Familie Grether sind in den letzten Jahren nicht weniger als vier Personen gewaltsam ums Leben gekommen. Im vergangenen Jahre stürzte auf der Arbeitsstelle der Vater zu Tode, ein Bruder kam bei einem Grenzschiffenfall ums Leben und ein anderer stürzte ebenfalls zu Tode.

W.E. Konstanz, 25. Juni. In der Nacht zum Mittwoch brach im Wohn- und Ökonomiegebäude des Schmiedemeisters Siegfried Württemberg in Bollmattlingen Feuer aus. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, den Wobnteil des Anwesens zu retten. Dagegen ist der Ökonomie teil vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt etwa 12.000 RM. Es wird Brandstiftung vermutet. Eine Verhaftung ist bereits erfolgt.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 23. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) wird die in Karlsruhe erscheinende Tageszeitung „Der Führer“ mit Wirkung vom heutigen auf die Dauer von 4 Wochen verboten.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 25. Juni 1931.

Der Minister des Innern

J. Willemann.



### Badisches Landestheater

Freitag, 26. Juni 1931  
Vollstündige  
Juni-Vorstellung

#### Undine

Romanische Zauberoper  
von Lothring  
Dirigent: Stern  
Regie: Pruscha  
Mitwirkende:  
Blau, Haberhorn, Reich-  
Drieh, Hofpach, Rieker,  
Rentwig, Ritschl, Schoepflin,  
Schuster, Schmitt

Anfang 1911, Ende geg. 221/2  
Preise C (1-7 RM)  
Zu dieser Vorstellung sind  
nur Siebplattarten erhältlich.  
Sa. 27. 6. Zu kleinen  
Preisen: Der lustige Krieg.  
So. 28. 6. Nachmittags:  
Der Hauptmann von Köpen-  
nick. Abends: Boris Go-  
dunov. Im Konzerthaus:  
Keine Vorstellung.

1906, Karlsruhe. Das  
Konkursverfahren über das  
Vermögen 1. des Gustav  
Weber, Bauunternehmer, 2.  
des Valentin Weber, Bau-  
meister, beide in Karls-  
ruhe-Darlanen, wurde  
nach Abhaltung des Schluß-  
termins aufgehoben. Karlsru-  
he, den 17. Juni 1931.  
Geschäftsstelle des Amts-  
gerichts A 8.

Die Stadt Heidelberg hat drei gut erhaltene  
**Leichenwagen** 3.261  
für Erwachsene und 2 Kinderleichenwagen, sämtlich für  
Pferdegespann, zu verkaufen. Anfragen an den  
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg.

### Oeffentliche Sparkasse Unterschüpf

#### Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen		Schulden	
RM	RM	RM	RM
Kasse	3 001,53	Spareinlagen	388 158,08
Guthaben bei Banken, Giro- zentralen u. Postsparkassamt	185,86	Aufwertungs-spareinlagen	104 170,15
Darlehen auf Hypotheken	220 482,90	Giroeinlagen	18 539,81
Darlehen in lfd. Rechnung an Private	86 280,15	Kontoforrenteinlagen	1 281,-
Grundstückskaufgelber	46 989,-	Anlehenskapitalien	36 854,54
Darlehen auf Schuldschein	113 448,80	Gesetzl. Reservefonds	18 360,45
an Gemeinden	1 727,62	Sonderrücklage	4 855,90
Girokonti-überziehungen	212,06	Reingewinn per 1930	10 152,40
Betriebskapital b. Verband	9 100,-		
Aufwertungsforforderungen	69 911,14		
Aufwertungs- abrechnungsfonto	15 128,43		
Einnahmerückstände	15 554,80		
Gerätschaften	350,-		
	582 372,28		582 372,28

#### Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 512 148,99 RM . . . . . = 25 607,40 RM  
Sie beträgt Ende 1930 . . . . . = 28 512,85 RM  
Somit mehr . . . . . 2 905,45 RM

Unterschüpf, den 22. Juni 1931.

Der Verwaltungsrat.

9.528

### Städtische Sparkasse Offenburg

#### Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen		Verbindlichkeiten	
RM	RM	RM	RM
1. Kassenbestand	55 751,70	1. Forderungen der Einleger:	
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen	334 146,21	a) Aufgeborene Spareinlagen	1 711 846,67
3. Wertpapiere (Nennwert 1 217 275 RM, Kurswert 1 132 955 RM)	1 094 235,-	b) Neue Guthaben:	
4. Wechsel	175 360,68	a) auf Sparbücher	7 671 293,34
5. Darlehen:		b) Postkonten	470 349,40
a) Aufwertungsforforderungen:		c) Girokonten	851 287,60
a) gegen Hypothek	1 604 293,-	d) Kontoforrent- einlagen	67 514,39
b) Darlehensforde- rungen a. Gemeind.	220 966,54		9 060 444,73
b) Neuanlagen:		2. Anlehenskapitalien	38 500,-
a) gegen Hypothek	5 463 337,57	3. Ausgabe-rückstände	1 770,68
b) an Gemeinden	921 982,-	4. Aufwertungsstock	288 654,27
c) an Private auf Schuldschein	19 175,75	5. Rücklagen	482 680,52
	6 404 495,32	6. Reingewinn vom Jahr 1930	125 544,9
6. Kontoforrentkredite	1 391 772,23		
7. Sonstige Anlagen	63 299,39		
8. Einnahmerückstände (darunter Stück- zinsen)	174 527,44		
9. Grundstücke und Gebäude:			
a) Verwaltungsgebäude	76 076,75		
(Feuerversicherungs- wert 124 800,- RM)			
b) Biegenschaften	114 516,51		
10. Gerätschaften	1,-		
	11 709 441,77		11 709 441,77

#### Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 10 772 291,40 RM Einlagen . . . . . 538 614,55 RM  
Die Rücklagen betragen . . . . . 482 680,52 RM  
Zugang vom Reingewinn 1930 . . . . . 80 544,90 RM  
Die Gesamt-rücklage beträgt . . . . . 563 235,42 RM  
Somit mehr . . . . . 24 610,87 RM,  
welche die besondere Rücklage bildet.

Offenburg, den 6. Juni 1931.

Der Geschäftsleiter: Gaker, Direktor. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Goller, Oberbürgermeister. Der Gegenbuchführer: Rudigier, Spartaassistent.

### Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der **KARLSRUHER ZEITUNG** BADISCHER STAATSANZEIGER

Druck G. Braun, Karlsruhe.